

Übersetzung aus der türkischen Sprache

Die Übersetzung erfolgt aus der Meldung der Zeitung Milliyet vom 10.05.84

DER STEINER-BERICHT

Wir glauben daran, daß die Mitgliedschaft der Türkei im Rat der Redemokratisierung hilft

1. Der von Mitgliedern des politischen und Sitzungsausschusses gebildete Unterausschuß kommt von seiner Reise in die Türkei (23-28. April) mit unterschiedlichen Eindrücken zurück. Aber es gab einen Punkt, an dem sich alle einig waren: die Lage in der Türkei weist einen sichtbaren Fortschritt in Richtung auf die Installierung der Demokratie auf und es haben wichtige Verbesserungen stattgefunden.
2. In dem Beschlußentwurf, den wir einen Monat vor den Wahlen in der Türkei am 6. November angenommen haben, hatten wir unsere Bedenken dargelegt, daß die neue Große Nationalversammlung der Türkei (TBMM) die türkische Gesellschaft nicht gut repräsentieren wurde, da den politischen Parteien und Kandidaten Beschränkungen auferlegt wurden. Wir hatten betont, daß diese Anormalitäten des türkischen Parlamentes, daß unter diesen Beschränkungen gewählt wurde, nur mit neuen (vorgezogenen) Wahlen überwunden werden könnten. Dabei tritt die Frage der Repräsentativität des TBMM nun in neuer Form auf:
 - Wie alle Beobachter mitgeteilt haben, wurden die Wahlen in aufrichtiger Weise durchgeführt.
 - Die kommunalen Wahlen vom 25. März wurden unter Beteiligung aller Parteien und in einer Weise, die nicht zur Kritik berechtigt durchgeführt.
 - Die Kommunalwahlen haben bewiesen, daß die heutige Regierung eine starke Unterstützung hat.
3. Es ist richtig, daß eine wahre Demokratie von vielen Freiheiten (politische Parteien, Gewerkschaften, Presse, Bildung etc.) gebildet wird. Das Kriegsrecht, das in einigen Provinzen aufgehoben wurde, aber in der Mehrzahl der Provinzen andauert, ist der Grund für die Einschränkung dieser Grundfreiheiten und behindert die Einrichtung einer wahren, pluralistischen Demokratie. Das Kriegsrecht wurde anfangs zur Kontrolle des Terrors ausgerufen. Da dieses Ziel erreicht ist, kann es aufgehoben werden. Wir müssen darauf drängen, daß das Außerkraftsetzen der im Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention genannten Freiheiten ein Ende hat.
4. Im Rahmen der bestehenden Gesetze wurden seit dem 12. September 1980 viele Menschen aus politischen Gründen beschuldigt. Die Militärgerichte haben diese Gesetze im Rahmen des Kampfes gegen den Terror in einer gesteigerten Form ausgelegt. Wir müssen verlangen, daß nicht nur die Auslegungsweise geändert wird, sondern daß für jene, die wegen ihrer politischen Ansichten verurteilt wurden, gleichzeitig eine Amnestie erlassen wird.
5. Die Frage der Menschenrechte in der Türkei wird nicht nur durch die Anwendung des Kriegsrechtes beeinflusst. Die Europäische Menschenrechtskonvention sieht vor, daß niemand gefoltert wird oder menschenunwürdiger Behandlung unterworfen wird. Dabei sind in den letzten Monaten bezüglich dieser Praktiken sehr viele Beschwerden eingetroffen. Aus diesem Grunde hat die in die Türkei gereiste Delegation an diesem Punkt eine große Empfindlichkeit gezeigt. In diesem Rahmen hat die türkische Regierung der Europaratsdelegation mit der Erlaubnis die Gefängnisse von Mamak und Diyarbakir zu sehen ihren guten Willen gezeigt und dieser Punkt muß unbedingt mit Befriedigung verzeichnet werden. Solch ein kurzer Besuch erlaubt keine feste Einsicht, ob die Folter in der Türkei systematisch

durchgeführt wird, oder ob es eine vereinzelte Erscheinung ist. Allerdings wurde uns mit offiziellen Zahlen und offiziellen Verlautbarungen versichert, daß jeder Vorfall von Folter und Mißhandlung mit Aufmerksamkeit und Beharrlichkeit untersucht wird. Auch unser Eindruck ist, daß die türkische Regierung an diesem Punkt sehr sensibel ist und eine breit angelegte Kampagne betreibt, damit die hochgradig schlechten Haftbedingungen verbessert werden. An diesem Punkt wurde ein Ausschuß gebildet und es werden Initiativen im Rahmen des TBMM begonnen. Wir wissen auch, daß einige Parlamentarier die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses betreiben. Wir sollten die Initiativen im TBMM unterstützen.

6. Wir dürfen auch nicht die anderen Fragen im Zusammenhang mit der Achtung der Menschenrechte vernachlässigen:

- Einige Verfahren (Friedensverein, DISK) dauern viel länger als in der Europäischen Menschenrechtskonvention angegeben.
- Die Gespräche mit Anwälten haben ergeben daß noch immer wichtige Einschränkungen der Verteidigerrechte existieren.
- Gegen die Partei des Rechten Weges wurde ein Ermittlungsverfahren mit der Behauptung, die Fortführung einer Partei von vor dem 12. September zu sein, eröffnet. Diese Verfahrensweise hat aber die Eigenschaft, einen Schlag gegen die politische Freiheit zu führen.
- Die Praktiken des Hochschulrates (YÖK) an den Universitäten wirft einen Schatten auf die Moral- und Bildungsfreiheit.

7. Man trifft in der Türkei immer noch auf negative Entwicklungen. Diese kann nur die Regierung und das TBMM korrigieren. Aus diesem Grunde müssen wir die Türkei auf der Tagesordnung behalten und in der kommenden Sitzungsperiode aufs Neue diskutieren. Unsere Hoffnung ist, daß die Besserung, die nach den allgemeinen Wahlen eingesetzt hat, andauert. Wir gehören zu jenen, die denken, daß die Mitgliedschaft der Türkei im Rat dem Übergang zur Demokratie behilflich sein wird.

DER RESOLUTIONSENTWURF DES EUROPARATES

- * In Anbetracht, daß die vorhergegangene militärische Regierung den Fahrplan zur Rückkehr zur Demokratie eingehalten hat,
- * Unter Vermerk, daß die Beschränkung für Parteien und Kandidaten bei den Wahlen vom 6. November, die zwar die Wahl der Großen Nationalversammlung der Türkei in einer guten Weise durchgeführt haben, in Widerspruch zu dem Statut des Europarates steht,
- * Unter Hinweis auf die Befriedigung über die Durchführungsbedingungen der Kommunalwahlen vom 25. März 1984,
- * Unter Berücksichtigung, daß das Kriegsrecht, daß zum Ergebnis hat, daß viele Grundrechte und -freiheiten aufgehoben werden, in einer Weise, die einen großen Teil der Gesellschaft umfaßt, weitergeführt wird, unter Vermerk, daß es nur in 13 Provinzen aufgehoben wurde,
- * Unter Hinweis auf die Bedenken, daß einige Verfahren immer noch andauern, daß viele Personen wegen ihrer Ansichten verurteilt wurden oder in Untersuchungshaft gehalten werden und die Militärgerichte weitergehen, obwohl normalerweise zivile Gerichte zuständig sein sollten,
- * Unter Bedauern, daß die Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften in der Türkei vielen und ernsten Einschränkungen unterworfen sind,
- * Unter Vermerk, daß die türkische Regierung Beschlüsse gefaßt hat, um die Behauptungen über die Haftbedingungen und Folter zu zerstreuen, sie aktiv ist, im die der Folter überführten Personen zu bestrafen,
- * Unter Verzeichnis der großen Befriedigung, daß einige Mitglieder des TBMM an diesen Punkt einen Ausschuß bilden, um die Behauptungen zu untersuchen,
- * Unter Bedenken, daß Beschränkung des Verteidigungsrechten bei noch andauernden großen Verfahren sowohl die Anwälte als auch die Angeklagten beeinflussen,
- * Unter Betonung der Bedenken, daß das eröffnete Ermittlungsverfahren gegen eine erlaubte politische politische Partei nicht mit den Prinzipien, die auf einen demokratischen Verein als politisches Recht und Freiheiten angewandt wird, zu vereinbaren ist,
- * Unter Wiederholung des Interesses an der andauernden Untersuchung der Europäischen Menschenrechtskommission,
- * In Anbetracht, daß es eine Aufgabe des Europarates ist, den Prozeß der Demokratisierung zu fördern, und zu beobachten, ob es mit den Prinzipien und Statuten des Europarates übereinstimmt

faßt die beratende Versammlung des Europarates folgenden Beschluß auf eine Resolution

und teilt mit, daß es von den türkischen Verantwortlichen folgendes erwartet:

daß die Statuten des Europarates und die Prinzipien der Europäischen Menschenrechtskonvention berücksichtigt werden und der Demokratisierungsprozeß fortgeführt wird,

daß das Kriegsrecht aufgehoben wird, die Tätigkeit von zivilen Gerichten gesichert wird und das Recht der Polizei auf 45-tägige Inhaftierung annulliert wird,

daß eine Amnestie für Personen erklärt wird, die wegen ihrer persönlichen Ansichten verurteilt wurden,

daß bezüglich der Menschenrechte eine harte Haltung gegenüber der Folter und allen Vorwürfen von Mißhandlungen eingenommen wird, die Haftbedingungen verbessert werden, alle Vorwürfe untersucht werden und Achtung vor dem Recht auf Verteidigung gezeigt wird,

Und der politische und juristische Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates wird die Entwicklungen in der Türkei beobachten und spätestens in seiner 37. Periode (Mai 1985) in einem Bericht niederlegen.

DIE BERICHTE DER DELEGATIONEN IN DEN GEFÄNGNISSEN

Gefängnis Diyarbakir

"Wir sprachen mit solchen, von denen man in Europa sagt, daß sie gestorben sind"

"Unsere Gruppe setzte sich in Ankara um 8.00 Uhr mit einem kleinen Militärflugzeug Richtung Diyarbakir in Bewegung. Uns begleitete ein Dolmetscher (eine Dolmetscherin) des Außenministerium und ein Vertreter der türkischen Streitkräfte.

Diese Reise war mit den türkischen Autoritäten bei einer Versammlung einen Tag zuvor abgesprochen worden. Den Delegationsmitgliedern war eine schriftliche Liste gegeben worden. Auf der Liste standen die Namen von 17 Personen, von denen amnesty international behauptet hatte, daß sie in den erwähnten Gefängnissen gestorben seien. Bei der Vorbereitung der Liste haben die türkischen Autoritäten erwähnt, daß alle außer einer der Personen lebten. Einige Stunden nach dieser Sitzung haben sie mitgeteilt, daß ein Teil unserer Delegation in die Gefängnisse Mamak und Diyarbakir gehen können und sie nicht nur besuchen, sondern auch mit den Untersuchungs- und Strafgefangenen sprechen können.

In Diyarbakir wurden wir durch den Stabschef des 7. Armeekorps und dem Gefängnisdirektor empfangen. Zunächst wurde uns beim Armeekorps ein Briefing bezüglich Diyarbakir gegeben. Es wurde mitgeteilt, daß das Kriegsrecht hier seit 1979 vor dem 12. September angewandt werde, uns 7.100 Personen in dem Gefängnis in U-Haft gewesen seien. Es wurde erklärt, daß diese von der Polizei verhaftet wurden und nachdem sie in die Polizeizentralen der 6 Gebiete von Diyarbakir festgehalten wurden, in einer Frist von 30 Tagen verhört wurden und danach in das Gefängnis Diyarbakir geschickt wurden. Die Verhöre danach seien unter der Beobachtung der Anwälte der Gefangenen und Richter gemacht worden. Von 7100 U-Häftlingen seien 100 freigesprochen worden, 100 seien zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden, obwohl 71 Todesurteile verhängt worden seien, seien sie nicht vollstreckt worden. Von den übrigen 6900 Personen befänden sich 1506 im Militärgefängnis Diyarbakir, die restlichen 5300 seien freigelassen worden, da sie zu geringeren Strafen als die Untersuchungshaft verurteilt worden seien. Den militärischen Autoritäten von Diyarbakir zufolge sind die Häftlingen "Marxisten-Leninisten" und "Separatisten". Nach ihren eigenen Äußerungen sind es "Berufsrevolutionäre", die für die Errichtung eines unabhängigen Staates kämpfen.

Mr. Elmquist überreichte den militärischen Autoritäten eine Liste, die in Skandinavien verteilt wird und fragte, warum (woran) diese Leute gestorben seien. Die offiziellen türkischen Autoritäten erklärten, daß Necmettin Büyükkaya am 24. Januar 1984 an einem Gehirntumor gestorben sei, Yilmaz Demir habe Selbstmord begangen, Ahmet Bayik befinde sich immer noch in Ankara und Hikmet Yildirim sei freigelassen worden. Salih Havak und Halil Catak seien niemals im Militärgefängnis von Diyarbakir gewesen. Cemal Arat und Orhan Keskin seien im Januar 1984 wegen des Hungerstreiks gestorben.

Unsere Delegation wurde nach einer in hohem Grade strengen Sicherheitsdurchsuchung ins Gefängnis geführt.

Das Gefängnis Diyarbakir wurde im Jahre 1980 für 300 Personen errichtet und muß nun 1506 Personen unterbringen. Selbst Arbeitsräume sind in Schlafsäle verwandelt worden. Die Häftlinge wurden in Räumen mit 25-80 Betten festgehalten. 95% der Häftlinge und Wärter waren im Alter von 20-25 Jahren und trugen blaue Baumwolluniformen. Außer einigen Häftlingen waren alle in einem physisch guten Zustand und boten einen wohlernährten Eindruck. Sie unterschieden sich von den Wärtern nur durch die Uniformen, die sie trugen.

Unsere Delegation wollte Cahide Sener, Kemal Kilic, Yildirim Merkit, Kemal Dogan, Ahmet Ögretmen, Karabet Demirci, den ehemaligen Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, und Isfendiyar Eyüboğlu sehen. Auf den Listen, die in Skandinavien umgingen, wurden sie als ermordet oder aber gefoltert aufgeführt. Unsere Delegation bekam acht Häftlinge zu sehen. Der Vertreter (die Vertreterin) des türkischen Außenministeriums dolmetschte. 5 der 8 Personen haben vor dem Militärkommandanten und dem Gefängnisdirektor, die an dem Treffen teilnahmen, gesagt, daß sie nicht gefoltert wurden, 3 sagten, daß sie gefoltert wurden. Die auf der ai-Liste als ermordet aufgeführte Cahide Sener (23 Jahre) sagte, daß sie am 2. März 1981 verhaftet worden sei und als Mitglied der kurdischen kommunistischen Partei verurteilt worden sei. Als wir ihr sagten, daß man in Europa behaupte, daß sie gestorben sei, sagte sie, daß die türkische Presse gekommen sei und ihr Foto aufgenommen habe, es im Fernsehen gezeigt wurde, daß sie der Bastonade unterworfen wurde und verschiedene Folterungen erlitten habe, allerdings werde seit 5 Monaten nicht gefoltert. Sie sagte, daß einer von den Anwesenden auch tot gesagt worden sei, und daß man sein Foto aufgenommen habe. Obwohl nichts Sicheres gesagt werden kann, hatte die Delegation den Eindruck, daß die ihnen Gegenübersitzenden wirklich die gewünschten Personen seien.

Der ehemalige Bürgermeister von Diyarbakir, Zana, erklärte, daß er auf der Polizeiwache gefoltert worden sei und dies bis Juni 1982 andauert habe, daß aber danach durch Auswechslung des Personals die Lage sich gebessert habe. Die anderen haben auf wichtige Änderungen in den letzten Monaten aufmerksam gemacht. Einer derjenigen, mit denen wir zusammen trafen, sagte, daß es niemandem etwas nutze, wenn man die Türkei aus dem Europarat ausschließe.

Zu Eyüboğlu, der sich auf der Liste von Elmquist befand, wurde gesagt, daß er nach dem Hungerstreik gefoltert worden sei und danach verschwunden sei. Eyüboğlu wurde im Vergleich zu den anderen in einer schlechteren physischen Verfassung angetroffen. Er erklärte, daß er wegen Bastonade sechs Wochen lang im Gefängnis behandelt worden sei und jetzt seine Familie sehen könne.

Dieses Treffen dauerte 2,5 Stunden."

DAS GEFÄNGNIS MAMAK

Pieter Stoffelen

"Entsprechend den erteilten Informationen, werden in Mamak nur Terroristen festgehalten, es gibt keine "Intellektuellen". Der Rundgang war nur von einer Länge, um einen Eindruck zu gewinnen. Nachdem die Delegation in den Speisesaal, Waschraum und andere Nebendienste geführt worden war, wurde sie kurz bei den Schlafplätzen der Frauen und länger bei den Schlagplätzen der Männer rumgeführt. An den Türen mancher Schlafsäle befanden sich zivile Wärter. Unser Delegation war von dem Symbol der zivilen Herrschaft beeindruckt.

Die Häftlinge sagten, daß sie ihre Anwälte und Familien zwei Mal in der Woche sehen konnten. In manchen Zellen waren kleine Räume vorbereitet, in denen der Häftling sich mit seinem Anwalt treffen konnte, ohne heraus zu gehen.

In Mamak befinden sich 1353 Häftlinge. Von denen, die wir sprechen konnten, sagte ein 26-jähriger Wirtschaftsstudent, daß er als Mitglied einer rechten Organisation inhaftiert sei, ein anderer Häftling sagte, daß er wegen der Herstellung einer Bombe verurteilt worden sei.

Unsere Delegation war von der Länge der Untersuchungshaft sehr stark berührt. Es erweckte Verwunderung, daß die Ermittlungen zu bestimmten Vor-

fällen lange dauerte und deshalb einige Gefangene seit 3,5 Jahren in Untersuchungshaft waren."

Die Eindrücke von Stoffelen

"Während unseres Besuches wurde keine Spur von Mißhandlung gesehen. Wir haben die Häftlingen speziell danach gefragt. Aber an diesem Punkt gab es keine besonderen (persönlichen) Beschwerden.

Wir haben mit einem 22-jährigen Jugendlichen gesprochen, der wegen dem Vorsitz in einer Jugendorganisation seit 3,5 Jahren in Haft ist. Er erklärte, daß er nicht wegen Beteiligung an irgendeinem terroristischen Vorfall, sondern wegen dem Vorstand in der Organisation inhaftiert sei und beschuldigt werde. Diese Organisation der Nationalistischen Bewegungspartei war wegen Beteiligung an Gewalttaten geschlossen worden.

Ergebnis:

1. Die Häftlingen waren wohl genährt, aber in ihren Blicken gab es keinen Schimmer von Hoffnung. Man sah, daß sie in Depression waren.
2. Die Gespräche mit den Anwälten verlaufen nicht ungestört, da immer ein offizieller Beauftragter dabei ist und das widerspricht den Praktiken in Europa. Sie erklärten, daß die Verfahren nicht vor einem Jahr beginnen würden, obwohl sie seit 3,5 Jahren in Untersuchungshaft waren. Das ist eine sehr lange Dauer.

Aus dem Bericht von Sir Antony Grant:

"Es war ersichtliche, daß das Gefängnis Mamak in sehr wirkungsvoller Weise geleitet wurde. Die Bedingungen der Gefängnisse waren im Vergleich zu den Baracken, als ich in die englische Armee eintrat, sehr viel besser. Wir hatten Schwierigkeiten, die jungen Soldaten von den Häftlingen zu unterscheiden. Von ihrer Gesundheit und Physe her gab es keinen Unterschied.

Den 22-jährigen Jugendlichen, Mitglied einer rechten Organisation, habe ich gefragt, ob er eine Beschwerde habe und er hat sich damit begnügt zu sagen: 'Sagt die Wahrheit, das reicht.' ... Der 26-jährige Arbeiter, Mitglied einer linken Organisation, war wegen Bombardierung einer Teestube verhaftet worden. Ich habe ihn nach dem Grund und wie er an die Waffe gekommen sei gefragt. Meiner Meinung nach war es normal, daß er eine Waffe hatte. Um sich zu schützen, brauchte man kein Maschinengewehr.

Am Schluß habe ich einige Personen mit zerknitterter Zivilkleidung gesehen. Ich fragte, wer sie seien. Ich dachte, es seien Häftlinge, die gerade erst gekommen waren. Dabei waren es zivile Wärter. Dabei waren die militärischen Wärter in hohem Grade sauber und ergaben ein diszipliniertes Bild.

Zu den im Bericht über den Besuch in Diyarbakir aufgeführten Namen läßt sich folgendes sagen. In seinem newsletter von März 1984 hat ai lediglich die ersten beiden Personen namentlich aufgeführt. Hier werden lediglich weitere 4 Personen erwähnt, von denen ai gehört hat, daß sie gestorben sein sollen, d.h. es konnte bis dahin nicht verifiziert werden. Es ist daher mehr als fraglich, ob die erwähnte Liste wirklich von ai stammt, bzw. ob es eine Aufstellung jener Fälle war, die derzeit überprüft werden.

Außerdem enthält der Bericht selber einen Widerspruch. Während anfangs gesagt wird, daß alle außer 1 Person leben, werden unten zwei Namen von Verstorbenen aufgeführt.

Zum Vergleich können des weiteren Angaben aus der Oppositionszeitung 'Demokrat Türkiye' (in der Bundesrepublik herausgegeben) herangezogen werden. Hier werden:

Necmettin Büyükkaya, Yilmaz Demir, Remzi Aytıl und Ahmet Bayik als tot gemeldet. Ihre Leichen sollen den Angehörigen übergeben worden sein.

Halil Catak sei ebenfalls verstorben, aber seine Leiche habe man nicht herausgegeben.

Außerdem werde der Tod von Kenan Aktür und Ahmet Toptas gemeldet. Diese Meldung sei aber ebenso unsicher, wie der Tod von weiteren 7 Leuten in Diyarbakir.

Diese Angaben ergeben folgendes Resultat:

- der Tod von 2 Personen steht fest.
- zu Ahmet Bayik und Halil Catak werden unterschiedliche Angaben gemacht.
- keine Angaben liegen von den türkischen Autoritäten zu Remzi Aytıl, Ismet Karak, Kenan Aktür und Ahmet Toptas vor.
- es ist unklar, von welcher Seite der Tod von Hikmet Yildirim, Cemal Arat und Orhan Keskin gemeldet wurde.